



Nr: 300

---

München, 25. Juli 2006

**Bayern sagt Ja zu mehr Transparenz über Verwendung von EU-Geldern / Müller: „Praktikable Ausgestaltung ohne neue Bürokratie entscheidend“ / Bayerns Europaministerin kündigt Spitzengespräch mit Verbänden an**

Bayern unterstützt die Anstrengungen der Europäischen Kommission für ein höheres Maß an Transparenz bei der Verwendung von EU-Geldern. Bayerns Europaministerin Emilia Müller betonte, dass die Bürger mehr mit Europa anfangen können, wenn klar ist, wie die Gelder aus Brüssel konkret verwendet werden. Müller: „Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf zu erfahren, was mit ihren Steuergeldern in Brüssel geschieht und wohin die Fördergelder konkret fließen. Ich begrüße deshalb die Pläne der Europäischen Kommission, mit einer Transparenz-Richtlinie mehr Klarheit bei EU-Geldern zu schaffen. Mehr Transparenz bei den Entscheidungsprozessen in Brüssel führt zu mehr Vertrauen der Bürger in die EU. Wir wollen Lösungen, die ohne zusätzliche Bürokratie auskommen und berechtigte Interessen Einzelner wahren.“

Die Ministerin kündigte ein Spitzengespräch mit bayerischen Verbänden über eine sinnvolle Ausgestaltung der EU-Transparenzrichtlinie in den nächsten Wochen an. Die Staatsregierung wolle gemeinsam mit den Spitzenvertretern aus Landwirtschaft, Handwerk, Mittelstand und Industrie eine gemeinsame Linie für die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und im Bundesrat entwickeln. Die Kommission führt derzeit eine europaweite Anhörung zur Transparenzrichtlinie durch. Bayern wird über den

./.

Bundesrat und bei der Europäischen Kommission direkt seine Anregungen einbringen.

Die Ministerin hob in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit praktikabler Regeln für die Veröffentlichung von Förderdaten hervor, die zu keiner neuen Bürokratie führen dürfen. Denkbar sei die Einführung von Bagatellgrenzen, oberhalb derer erst eine Veröffentlichungspflicht gilt. Außerdem könnten die Förderdaten auf Landkreis- oder Bezirksebene zusammengefasst und veröffentlicht werden ohne Auflistung jedes kleinen oder mittleren Betriebs mit einer geringfügigen EU-Förderung. Damit könnte die Öffentlichkeit über die regionale Verteilung von EU-Geldern informiert werden ohne überbordende neue Bürokratie.

In einer größeren Transparenz für die Verwendung von EU-Landwirtschaftsmitteln sieht Europaministerin Müller auch eine Chance für die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft in Bayern: „Denn wenn deutlich wird, wohin das Gros der Fördermittel fließt, nämlich in Großbetriebe, bekommt die bayerische Forderung nach einer degressiven Ausgestaltung der Landwirtschaftsförderung beziehungsweise einer Obergrenze bei Großbetrieben neuen Rückenwind.“